

Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft

Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt

Band: - (2000)

Heft: 4

Artikel: Im Gespräch mit Thomas Kessler, Migrationsbeauftragter des Kantons Basel-Stadt : die Heimat wird bunter...

Autor: Ryser, Werner / Kessler, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-843160>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Gespräch mit Thomas Kessler, Migrationsbeauftragter des Kantons Basel-Stadt

Die Heimat wird bunter...

Schreibt der Basler Theaterdirektor Michael Schindhelm in einem bemerkenswerten Artikel in der Weltwoche. Und in der Tat ist in den Jahren seit dem 2. Weltkrieg die kulturelle Vielfalt alltäglich geworden. Wir essen chinesisch und schätzen die italienische Gastronomie, unsere Kinder gehören der Fast Food-Generation an. Radio, Fernsehen und Film verbreiten angelsächsische Kunst, wir jubeln ausländischen Profis zu, die beim FC Basel spielen...

Und gleichwohl (oder trotzdem) ist der Begriff Überfremdung seit den Sechzigerjahren zu einem Dauerbrenner im Vokabular der politischen Schweiz geworden. Zahlreiche Initiativen wollten und wollen den Anteil ausländischer Mitbewohnerinnen und -bewohner beschränken. Ausländer- und Asylpolitik werden vermischt, als ob der Bedarf nach ausländischen Arbeitskräften und die humanitäre Tradition der Schweiz ein und dasselbe wären. In weiten Kreisen hat man Angst die schweizerische Eigenart, was immer man darunter verstehen mag, sei in Gefahr: Angst vor der Überfremdung eben.

Herr Kessler, als Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen des Kantons Basel-Stadt befassen Sie sich von Berufs wegen mit Fragen des Zu-

sammenlebens zwischen Schweizern und Zugewanderten. Was meint eigentlich der Begriff Überfremdung?

Die Schweiz definiert ausschliesslich über den Willen, dass Menschen unterschiedlicher Religionen, Sprachen und Kulturen aufgrund selbstgeschaffener Gesetze zusammenleben. Bis zum Ersten Weltkrieg funktionierte dieses Modell sehr erfolgreich. Die Unterschiedlichkeit der Sprachen und Religionen galt als vorbildlich, das Fremde war nicht negativ belastet. Die Aufnahme von Ausländern für den Aufbau von Hochschulen und Industrien kommentierte man mit Stolz. Der Begriff Überfremdung, welcher in den Zwanzigerjahren kam, brachte nationalistisches Gedankengut in die Schweiz und in die Ausländerpolitik. Man meinte damit auch die Einwanderung von sogenannten Ostjuden, welche an ihrer Kleidung erkennbar waren. Dieser Begriff hatte eindeutig auch einen antisemitischen Kern.

Wer von Überfremdung spricht, muss eine Vorstellung davon haben, was schweizerische Eigenart ist.

Die schweizerische Eigenart als Begriff wird von Kreisen gebraucht,

welche den Nachkriegsmythos zum Massstab ihrer Identität nehmen. Die Sehnsucht nach der heilen, kleinstädtischen Schweiz der fünfziger Jahre ist zwar verständlich, aber falsch. Die Schweiz ist nicht der Sonderfall der Nachkriegszeit, sondern das geniale Konstrukt der Bundesverfassung von 1848. Die Schweiz kennt nicht eine Kultur, sondern viele. Wir haben vier Landessprachen, wir definieren uns ausdrücklich nicht über eine gemeinsame Religion, sondern durch Glaubensfreiheit, weil wir bei der Staatsgründung zwei grosse, ungefähr gleich starke Konfessionen hatten. Tatsächlich ist genau das speziell an der Schweiz. Leider wird das gerade von jenen Menschen am meisten verkannt, welche unter der schweizerischen Eigenart die vermeintlich idyllische Schweiz der fünfziger Jahre verstehen.

Sie erklären, die Schweiz sei eine reine Willensnation. Bedeutet das, dass es keine typisch schweizerischen Eigenarten gibt?

Doch: Wenn es Reibungsprobleme mit Migranten gibt, so meistens dann, wenn die kleine Alltagsordnung, die unsere Identität bestimmt, gestört wird. Beispielsweise die Einhaltung der Nachtruhe oder die korrekte Entsorgung des Abfalls. Das sind ganz wichtige Punkte, über welche man schmunzeln kann. Im täglichen Leben sind sie aber absolut wichtig. Wenn in sogenannten belasteten Quartieren die Emotionen hochgehen, dann stossen sich die Leute in der Regel an der wenig korrekten Einhaltung dieser Alltagsregeln durch Ausländer. Das muss man Neuzuzügern ganz präzise erklären: Die Einhaltung von Regeln hat bei uns einen höheren Stellenwert als in anderen Ländern, welche kulturell definiert sind, wie beispielsweise Frankreich. Dort wird die Integration über die Kultur, über die Sprache, über die kulinarischen Kenntnisse beurteilt. Die Frage, ob ein Zuwanderer seine Abfälle regelkonform entsorgt oder nicht, ist zweitrangig. Bei



Foto: Claude Giger

uns ist es umgekehrt. Da scheint die Art und Weise, wie sich einer an die Regeln hält, Gradmesser für seine Integration zu sein.

Probleme mit Ausländern gibt es also, wenn sie unsere Alltagsregeln nicht übernehmen. Heisst das, dass es dort viele Probleme gibt, wo viele Ausländer leben?

Nicht unbedingt. Die Fremdenfeindlichkeit ist dort am grössten, wo die wenigsten Immigranten leben und die Reibung am kleinsten ist. Das liess sich bei der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer präzise analysieren. Je geringer der Ausländeranteil in einem Abstimmungskreis war, desto geringer war die Zustimmung für die Vorlage. Je höher der Ausländeranteil, desto höher war die Zustimmung.

Das würde ja heissen, dass sich wirtschaftlich stärkere und gebildete Kreise, die in der Regel in Quartieren mit vorwiegend schweizerischen Bewohnern leben, ausländerfeindlicher verhalten als einkommensschwächere



Foto: Claude Giger

Menschen mit schlechterer Schulbildung, die in Quartieren mit hohem Ausländeranteil wohnen.

Die sogenannten bessergestellten und gebildeteren Leute können sich durchaus auch fremdenfeindlich verhalten. Wenn man es politisch analysiert, dann investieren Kreise, die zur finanziellen Topelite der Schweiz gehören, viel Geld in fremdenfeindliche Propaganda. Einfache

Menschen, beispielsweise im Kleinbasel, die im täglichen Zusammenleben mit Ausländern konfrontiert sind, strahlen relativ wenig Fremdenfeindlichkeit aus. Wohl weil die Auseinandersetzung mit diesen Themen für sie alltäglich ist. Gerade deswegen müssen sie nicht unbedingt fremdenfeindlich werden.

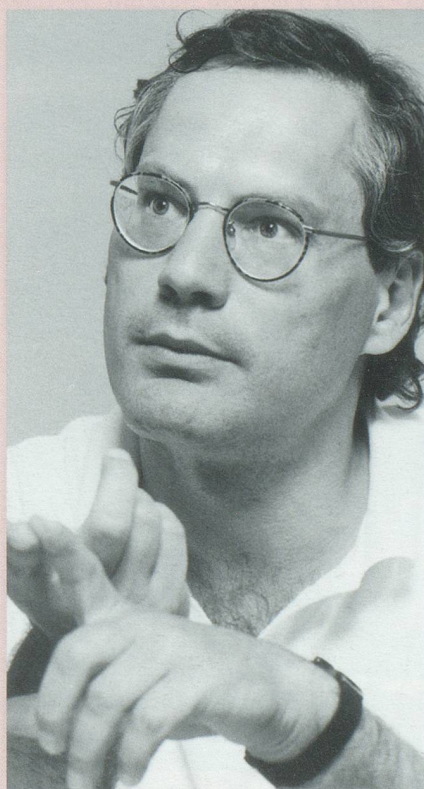
Gibt es für sie eine Verwandtschaft zwischen der Überfremdungsangst, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus?

Fremdenhass entsteht bei Leuten, welche Fremdenangst haben. Gefährlich wird es, wenn das politische Umfeld zusätzliche Energie hineingibt, wie wir dies bei den letzten Nationalratswahlen erlebten. In der ganzen Schweiz war ein Plakat ausgehängt, auf welchem ein eindeutig südländischer Mann unsere Fahne zerreisst. Es handelte sich dabei übrigens um eine Kopie eines faschistischen Plakats aus Frankreich aus den Dreissiger-jahren. Aber der korrektive Verstand oder die religiös gestützte Menschenfreundlichkeit kann genauso viel Energie entwickeln, welche verhindert, dass es zu Fremdenhass und Rassismus kommt. Wir stellen fest, dass das Beispiel von einflussreichen Politikern ziemlich viel ausmacht, denn wenn politische Verantwortungsträger eine diffuse Haltung einnehmen, dann wird dies als Unterstützung von Fremdenfeindlichkeit verstanden. Nur dort, wo klare Antworten kommen, ist man für Fremdenhass nicht mehr so anfällig.

(Fortsetzung siehe Seite 8)

Thomas Kessler

Geboren 1959 in Meyriez, bildete sich nach einer landwirtschaftlichen Berufslehre als Agro-Ingenieur aus. Er spezialisierte sich in der Folge auf die Fachgebiete «Tropische Wirtschaft» und «Ethnologie». Gleichzeitig gründete er ein Beratungsbüro mit den Schwerpunkten in Drogenforschung, Landwirtschafts- und Drittweltprojekte. Zwischen 1985–1991 unterrichtete er an verschiedenen Hoch- und Mittelschulen und amtierte als Mitglied des Zürcher Kantonsrates, wo er Mitglied der Justizverwaltungskommission sowie drogenpolitischer Sprecher der Grünen Fraktion war. Im September 1991 wurde er zum «Drogendelegierten des Kantons Basel-Stadt» ernannt. Seit Februar 1998 ist er Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen des Kantons Basel-Stadt. Thomas Kessler ist verheiratet und Vater eines 8-jährigen Sohnes.



Sie werden vom Kanton Basel-Stadt dafür bezahlt, die Integration von Zuwanderern zu fördern. Was für eine Idee steht hinter diesem Auftrag?

In den letzten Jahren kam man auf den schweizerischen Urgedanken der Integration zurück, der aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammt: Man will verschiedenartige Leute im gleichen Land. Sie sollen ihre Verschiedenartigkeit einbringen können und sich dort, wo sie leben, an die Regeln halten. Das ist Integration: die Eigenheit der Identität und die Übernahme der örtlichen Regeln. In Basel-Stadt erkannten wir die grosse Bedeutung der Migration für den Wirtschaftsstandort. Wir können den Bevölkerungsrückgang nur mit Zuwanderern ausgleichen. Die Regierung hat im Rahmen der Kantonsentwicklung das grösste Interesse daran, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner, inklusive der 27% Ausländer, integriert hier leben, das heisst ihr Potential an Sprache, an Wissen, an Ideen einbringen und durch die Respektierung der Gesetze und Regeln Probleme vermeiden. Dass hier Menschen aus allen Schweizer Kantonen und aus 160 Nationen leben, ist eine Chance. Und deshalb ist die Regierung der Meinung dieses Poten-

tial müsse sich entfalten: durch Information, Bildung und Erfolg im Berufsleben. Diese Leute sollen auch sozial aufsteigen können, denn dann brauchen sie weniger Unterstützung und leisten selber mehr Beiträge.

Sie reden von der Bedeutung der Muttersprache. Und wie steht es mit der Sprache der neuen Heimat?

Die Sprache ist die Grundlage der Kommunikation und Integration ist ein kommunikativer Prozess. Wir sehen dies so: Alle Fremdsprachigen, welche nach Basel kommen, sollen in Zukunft begrüsst werden, nicht nur schriftlich, sondern auch persönlich auf Deutsch und in ihrer Muttersprache. Wir setzten Mediatoren ein, Leute, welche beide Sprachen beherrschen. Wir klären bei der Begrüssung ab, ob Bildungsdefizite vorhanden sind, ob diese Person selber über einen Sprachkurs an einer Privatschule Deutsch lernen kann oder ob spezielle Angebote nötig sind. In der Vergangenheit überliess man dies der Schule oder dem Arbeitgeber. Das sehen wir heute anders. Es liegt im Gesamtinteresse, dass alle, welche nach Basel kommen, ab Beginn durch Mediatoren lernen, wie Staat und Gesellschaft funktionieren. Es

geht auch darum, diese Leute einzubinden, beispielsweise in der Nachbarschaft. Man soll sich persönlich kennen lernen, damit keine Anonymität entsteht.

Im Zusammenhang mit Zuwanderern wird oft über Zahlen gesprochen. Im Zweiten Weltkrieg hiess es, das Boot sei voll. Seit der Schwarzenbach-Initiative wird immer wieder versucht, eine Quote zu definieren, so vor kurzem die 18%-Initiative...

...der Ansatz ist falsch, nicht weil man nicht darüber sprechen sollte. Fragen darf man immer stellen. Bei Ausländern ist es nun aber so, dass die Prozentzahlen, über die man diskutiert, nichts aussagen. Abgesehen davon, kann sich die Schweiz nicht mehr selbst erneuern. Es gibt zu wenig Kinder und gleichzeitig steigt die Lebenserwartung, so dass ohne Ausländer unsere Renten nicht mehr gesichert sind. Deshalb sind wir dringend auf Migranten angewiesen. Die Frage des Ausländeranteils wird durch die Einbürgerungsquote entschieden. Da hat die Schweiz weltweit die kleinste. Wir haben das längste und komplizierteste Verfahren. Es setzt einen Aufenthalt von zwölf Jahren voraus. Es ist ein dreistufiges Verfahren: kommunal, kantonal, national und es kostet auch sehr viel Geld. Wenn wir ein Einbürgerungssystem hätten wie etwa Frankreich oder Holland, dann würde der Ausländeranteil noch 6%–8% betragen. Unter jenen Menschen, die in unserer Statistik als Ausländer geführt sind, ist ein Viertel in der Schweiz geboren, ein weiterer Viertel lebt seit über dreissig Jahren hier. Dann bleibt noch ein Viertel mit Jahresbewilligungen sowie Diplomaten und Studenten, die unser Land in absehbarer Zeit wieder verlassen. Das zeigt, dass man mit Rechenspielen keine Fragen beantworten kann. Probleme an Schulen und am Arbeitsplatz haben mit dieser Quote überhaupt nichts zu tun, sondern mit dem Integrationsgrad der Eltern und der Kinder. Was wir brauchen ist keine weltfremde Quotendiskussion sondern eine aktive Integrationspolitik.



Foto: Claude Giger

Interview Werner Ryser